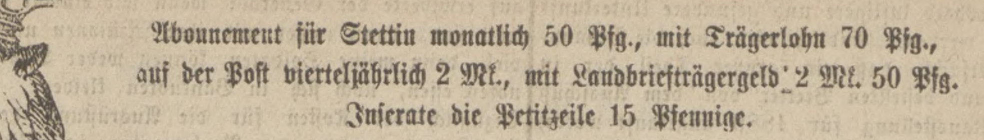
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.


Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 2. Februar 1887. Nr. 53.

## Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 1. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 30,000 Mark auf Nr. 2081.

1 Gewinn von 15,000 Mark auf Nr. 44361.

3 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 84014 92267 184410.

26 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 17270 27349 30007 31525 37709 39515 50146 76320 79143 79653 91053 100490 110172 111953 112973 117540 118280 122466 125542 130895 135741 147267 150595 161747 167883 188790.

43 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 13812 16775 22108 24534 25090 25637 33306 36332 36394 41141 46167 50011 55866 66612 67783 72427 75479 76509 76705 82215 82536 87096 88884 94448 97375 98424 109476 110188 112057 130499 133941 138311 146230 153327 162659 168055 172391 175499 178449 181157 182706 189551.

46 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 343 3806 7257 8615 9070 12328 30275 30632 31540 34130 39219 41027 41983 43070 47997 49702 52592 62204 63373 66532 69113 71579 75475 77262 83117 99927 106975 108940 111439 111711 114329 [illegible]17925 119254 123743 128598 128965 [illegible]9038 136650 139866 141515 146989 [illegible]5598 176473 182120 185008 189144.

## Deutschland.

Berlin, 1. Februar. Herr Oberbürgermeister Dr. Miquel hat in seinem Wahlkreise die bereits erwähnte ausgezeichnete Rede gehalten, die so ganz mit unseren Ansichten übereinstimmt, daß wir dieselbe im Auszuge hier folgen lassen:

Deutsche Landsleute! In einer schweren, ernsten Zeit haben wir uns hier versammelt, eine bange Sorge geht durch die deutschen Lande. Auch der Ruhigste sieht die Schatten kommender Ereignisse näher und näher rücken. Ganz Europa starrt in Waffen. Deutschland ist am meisten bedroht, unser Nachbarvolk im Westen hat die selbstverschuldeten Niederlagen und die im gerechten Vertheidigungskampf verlorenen alten deutschen Länder nicht vergessen. Täglich kann ein neuer Entscheidungskampf uns aufgezwungen werden. Im Osten sieht es nicht viel besser aus. Die Gegensätze und Interessenverschiedenheiten der Staaten im Osten können täglich einen kriegerischen Zusammenstoß hervorrufen. In dieser Lage nun, meine Herren — halten Sie das fest —, verlangte der Kaiser eine Erhöhung unserer Wehrkraft, um einigermaßen die viel größeren Anstrengungen Frankreichs und Rußlands einzuholen, eine Erhöhung nicht größer und nicht höher als auf ein Prozent der Bevölkerrng, nicht höher, als bereits die Kriegswehr gewesen ist von jeher in deutschen Landen, selbst zur Zeit des Bundestags, weit niedriger noch, als das preußische Volk sie seit 1815 regelmäßig getragen hat, mit alleiniger Ausnahme des Anfangs der 50er Jahre. Und der Erfolg der damaligen Erniedrigung der Last war — Olmütz. Nicht zu kriegerischen Unternehmungen, nein, zur Wahrung des Friedens hat der Kaiser dieses verlangt, zur Sicherung des Vaterlandes — nicht auf immer, nein, nur auf sieben Jahre. Und was mußten wir erleben? Die jetzige Mehrheit des Reichstags bestritt anfänglich die Nothwendigkeit der Erhöhung unserer Wehrkraft vollständig und bewilligte endlich nur auf drei Jahre, während doch von allen Sachkundigen und dem größten Fachmann der Welt betont wurde, „drei Jahre nützten uns nichts". Wir alle, glaube ich, und das unbefangen denkende Volk haben es wohl als eine Erlösung empfunden, als der Reichskanzler von diesem übelunterrichteten Reichstag an das unbefangen denkende, patriotisch gesinnte, besser unterrichtete deutsche Volk Berufung einlegte. (Beifall.)

Hier handelt es sich nicht um eine Parteifrage, nicht um eine konfessionelle oder politische Frage. Hier stehen in Frage die gemeinsamen höchsten Güter der ganzen deutschen Nation, der Gesammtheit und jedes Einzelnen. Wir wenden uns daher in unserem Aufruf auch nicht an unsere eigenen Parteifreunde allein, wir wenden uns an alle Deutsche, ob reich, ob arm, konservativ oder liberal, katholisch oder protestantisch, wir rufen ihnen zu: Seid Deutsche, Deutsche, Deutsche! (Stürmischer Beifall.)

Die Gegner suchen nun das Wesen des Streites zu entstellen, malen in ihren Aufrufen Gespenster an die Wand, mit denen man kaum Kinder, deutsche Männer gewiß nicht schrecken kann. Sie sprechen von Absolutismus, drohen mit der Militärherrschaft, mit Monopolen und neuen Belastungen der unbemittelten Klassen.

Absolutismus? Wer hat die Reichsverfassung und das allgemeine Stimmrecht gegeben? Der Kaiser, die deutschen Fürsten, der Fürst Bismarck! Wer hat die Reichsverfassung bekämpft und gegen dieselbe gestimmt? Die damalige Partei der Freisinnigen! (Zustimmung.) Wer hat alle großen Fortschritte im deutschen Reich bekämpft: die Heeresorganisation, die Rechtseinheit im Volk, die Justizorganisation, das Streben, das schwierige Streben unserer Reichsregierung, unsere nationalen Kräfte auch nach außen im Sinne der Kolonialpolitik auszudehnen (Beifall) —, wohin Sie blicken, wer hat das alles bekämpft, behindert, verlangsamt? Dieselben Männer, die heute gegen die Militärvorlage stimmen. (Beifall.)

Militärherrschaft? Ja, wir alle beklagen, daß wir eine so schwere Rüstung tragen müssen, aber wir können es doch nicht der Reichsregierung den Lenkern und Führern des Reichs zu schulden bringen. Wer hat mehr gethan für den Frieden in Europa — die Geschichte wird es einst bewundern —, als Fürst Bismarck? (Lebhafter Beifall.) Unser Heer ist ein Volksheer. Leget einmal die schwere Rüstung ab, versuchts einmal in eurem friedlichen Sinne, folget den Lockungen der Gegner: ihr werdet sehen, wie freudig erregt die Franzosen, wie ehedem, die deutschen Brüder arm und reich in ihre zarten Arme nehmen werden. (Heiterkeit und Beifall.)

Man spricht von Monopolen. Ja, Fürst Bismarck selbst will sie nicht mehr, wie er sie früher vielleicht nothwendig glaubte, um den Reichsfinanzen einen festen Boden zu geben. Aber wenn er auch wollte, mögen die Wahlen fallen wie sie wollen, eine Mehrheit dafür ist im nächsten Reichstag nicht zu finden. Ein Theil der Rechten, das Zentrum, alle mit dem Zentrum verbundenen kleinen Parteien, und vor allem die nationalliberale Partei, sie ist dem Monopol immer abhold gewesen, hat es durch ihre Abstimmung bewiesen und wird es bleiben. (Beifall.)

Alle Volksrechte, die wir im Verein mit den gemäßigten Parteien erstritten haben, sollen wir preisgeben wollen. Aber, meine Herren, wer gefährdet denn diese Errungenschaften? Wenn sie wirklich in Gefahr wären, wer hätte sie gefährdet? Wer anders als dieser beklagenswerthe Entscheid der Mehrheit unseres Reichstages? (Stürmischer Beifall.) Wir müssen den Schleier lüften und auch dem Geringsten aus dem Volke die wahre Lage klar machen.

In diesem Kampfe wenden wir uns nicht an unsere Partei allein, wir rufen alle Deutschen auf, welches auch ihr politisches und religiöses Glaubensbekenntniß ist, die da wissen, daß uns der Frieden im Innern den Frieden nach außen sichert und daß das Vaterland und das Wohl und Wehe der ihrigen selbst auf dem Spiele steht! An die deutschen Soldaten des Jahres 1870—71 wenden wir uns, wir rufen ihr Zeugniß dafür an, was festgefügte Kadres bedeuten, wie viel das feste Gefüge der deutschen Heeresmacht zum Siege beigetragen hat und zur Verminderung der blutigen Opfer! Sie werden an der Wahlurne ihrem Kaiser und Kriegsherrn helfen, daß der Friede mit allen seinen Segnungen auch in Zukunft unserer Nation erhalten bleibe. (Beifall.) Je fester wir zusammenstehen, je geschlossener unsere Richtung ist, um so sicherer sind wir. Ein französisches Armeekorps in diesen gesegneten Fluren würde mehr Opfer fordern als 20 Jahre erhöhter Friedenspräsenz. Thue denn ein jeder an der Wahlurne seine Schuldigkeit, thue er sie um des Vaterlandes willen, aber auch um unseres greisen Kaisers willen. Sein Herz ist traurig, machet es wieder froh! Ein edles Volk muß auch dankbar sein können, und wann wäre in der Geschichte der Völker die Dankbarkeit eine höhere Pflicht gewesen als hier? (Stürmischer Beifall.) Ihm, unserem neunzigjährigen Kaiser und Herrn, seinen Räthen in Krieg und Frieden, den Begründern des Reiches, wollen wir helfen, an der Wahlurne zu erhalten, zu befestigen, was wir durch sie mit mit ihnen in blutigen Schlachten errungen haben. Das geloben wir! Ja, das geloben wir! (Anhaltende, stürmische Zurufe.) Einigkeit und Friede im Innern, Macht und Kraft nach außen, dann ist das Vaterland wohl gestellt. Ein freies Volk ist für sich selber verantwortlich. Gleiches Recht giebt gleiche Pflichten. Ob arm, ob reich, heute gilt's, die gleichen Güter für alle zu wahren. (Beifall.) Wählet Männer, welche entschlossen sind, den inneren Frieden zu erhalten, das Reich vor Zwiespalt zu hüten, die deutsche Wehrkraft auf ihren granitnen Säulen zu sichern; wählet Männer, welche nicht durch Halsstarrigkeit oder Unbesonnenheit zu allen den Gegensätzen in den deutschen Landen noch obendrein einen Verfassungs-Konflikt hinzufügen!

— Das Präsidium des Abgeordnetenhauses wurde heute Nachmittag um 4 Uhr von Seiner Majestät dem Kaiser und König in Audienz empfangen.

— Der Justizminister Dr. Friedberg konnte der gestrigen Berathung des Etats der Justizverwaltung wegen einer starken Erkältung nicht beiwohnen.

— Die Zahl der im Februar zur Einziehung gelangenden Reservisten und Dispositions-Urlauber umfaßt 75,000 Mann. Diese Maßregel kommt, der „Köln. Ztg." zufolge, nur bei denjenigen Armeekorps zur Anwendung, welche bereits mit dem Repetirgewehr vollzählig ausgerüstet sind, also vorzugsweise bei den Armeekorps der westlichen Provinzen. Es ist demnach beabsichtigt, die Einziehung der Reservisten zu dem in Rede stehenden Zwecke nicht jahrgangsweise vorzunehmen, sondern armeekorpsweise, und wenn man die Zahl der Armeekorps, welche mit dem Repetirgewehr bewaffnet sind, in die Zahl 75,000 dividirt, so ergiebt sich, daß erstere auf kurze Zeit — während 12 Tage — einen unverhältnißmäßig hohen Mannschaftsstand aufweisen werden, der sogar die Kriegsstärke theilweise übertrifft. Eine Wiederholung dieser Maßregel ist dann bevorstehend, wenn wiederum eine Anzahl Armeekorps mit der neuen Waffe versehen sein wird.

— Im Abgeordnetenhause hat am Freitag der Abg. Dr. Windthorst abermals die falsche Behauptung wiederholt, daß in Frankreich und Oesterreich der Friedenspräsenzstand alljährlich vom Parlament festgestellt werde. Behufs Zurückweisung dieser Behauptung hebt die „N.-Z." folgende Einzelheiten der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen hervor:

„Der Art. 2 des französischen Kadresgesetzes vom 13. März 1875 bestimmt: „Die Zahl und die Zusammensetzung der Kadres auf dem Friedensfuß und auf dem Kriegsfuß, ebenso wie die normale Effektivstärke an einfachen Soldaten, welche die Kadres auf dem Friedensfuß enthalten sollen, werden durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt. Die normale Effektivstärke für den Friedensfuß repräsentirt die Ziffer, unter welche der jährliche Durchschnitt des unter den Fahnen stehenden Effektivbestandes nicht heruntergesetzt werden kann. Sie dient als Basis für die jährliche Budgetschätzung und kann nur durch ein von den Finanzgesetzen unabhängiges Spezialgesetz modifizirt werden." Das Kadresgesetz bestimmt dann die Zahl der Regimenter, Kompagnien, Depotkompagnien, die Zahl der Offiziere, Unteroffiziere u. s. f. und die Zahl der Mannschaften in der Kompagnie. Multiplizirt man die Zahl der Kompagnien bezw. Regimenter mit den für eine Kompagnie, ein Regiment ausgesetzten Mannschaften, so hat man die Friedenspräsenzziffer, und zwar die Minimalziffer, unter welche der Kriegsminister nicht heruntergehen darf. Frankreich hat also das „Aeternat".

Oesterreich hat ein Dezennat, eine zehnjährige Heeresfeststellung. Nicht die Friedenspräsenzstärke des bei den Fahnen dienenden Heeres ist in Oesterreich durch Gesetz festgestellt, vielmehr die Kriegspräsenzstärke des stehenden Heeres, d. h. der Mannschaften der Linie und der Reserve zusammen, im Gegensatz zu den Mannschaften der Ersatzreserve und des Landsturms. Das österreichische Wehrgesetz vom 5. Dezember 1868 bestimmt in seinem § 13 die Kriegspräsenzstärke des stehenden Heeres auf 800,000 Mann mit Gültigkeit bis Ende 1879; durch Gesetz vom 20. Dezember 1879 ist dieses Dezennat auf 10 Jahre bis Ende 1889 verlängert worden. Ueber die Wirkung dieser gesetzlich festgestellten Kriegsstärke auf die Friedenspräsenzstärke spricht sich der österreichische Staatsrechtslehrer Ulbrich also aus: „Mit Rücksicht auf diese Kriegspräsenzstärke des stehenden Heeres und der Kriegsmarine ist das erforderliche Rekrutenkontingent auf beide Reichshälften zu repartiren. Durch die Feststellung dieser Kriegspräsenzstärke ist mit Rücksicht auf die Dauer der Wehrpflicht das Kadre- und Ausbildungssystem dieses Rekrutenkontingents indirekt bestimmt; eine Verminderung oder Vermehrung dieses Kontingents kann innerhalb des zehnjährigen Zeitraums (gegenwärtig bis Ende 1889) nur insoweit in Frage kommen, als der Kaiser dies für nothwendig findet. Dadurch ist dem Rechte der jährlichen Rekrutenbewilligung, das dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage zukommt, eine objektive Schranke gezogen. Die sich alljährlich wiederholende Feststellung des Rekrutenkontingents ist somit ein rein kalkulatorisches Geschäft."

Die „Nat.-Ztg." bezweifelt nicht, daß trotz dieser Konstatirung der Thatsachen Herr Windthorst fortfahren wird, zu behaupten, daß „alle Parlamente" das Recht der jährlichen Feststellung der Friedensstärke haben.

— Di Kommission für den Gesetzentwurf betreffend die Ausdehnung des Unfall-Versicherungsgesetzes auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter schloß sich heute dem in der Gesetzesvorlage niedergelegten Grundsatze, die Berufs-Genossenschaften territorial nach Provinzen zu bilden und den so gebildeten Genossenschaften die Befugniß einzuräumen, den Selbstverwaltungs-Organen, dem Kreisausschuß und dem Provinzialausschuß zu übertragen, an. Nur in einer Beziehung glaubte sie noch über die Vorschläge der königlichen Staatsregierung hinausgehen zu müssen, indem sie beschloß, einen weiteren Paragraphen in die Gesetzesvorlage einzufügen, in welchem bestimmt würde, daß die Wahlmänner, welche die Delegirten für die Genossenschafts-Versammlung der Provinzen wählen, von den Gemeinde-Vertretungen resp. Gemeinde-Vorständen aus der Zahl der Berufs-Genossen zu bezeichnen sein sollen, und daß auf jede Kreis ein Delegirter kommen soll; allerdings soll durch das Genossenschafts-Statut bestimmt werden können, daß die Zahl der für jeden Kreis zu wählenden Vertreter vermehrt oder vermindert werden und daß im letzteren Falle Kreise zu gemeinsamen Wahlbezirken vereinigt werden könnten. Die Kommission ging bei dieser Beschlußfassung von der Ansicht aus, daß es sich im Interesse der Billigkeit und Einfachheit des ganzen Verfahrens dringend empfehlen dürfte, daß die Genossenschafts-Versammlungen nicht aus zu vielen Mitgliedern beständen, daß die Interessen der Unternehmer und Versicherten aber vollständig gewährt würden, wenn aus jedem Kreise ein Delegirter gewählt würde.

— Die französische Presse gesteht ein, daß umfangreiche Holzankäufe während der letzten Wochen im Schwarzwald und im Elsaß gemacht worden sind. Es wäre indeß, behauptet sie, gänzlich verkehrt, daraus auf kriegerische Absichten zu schließen. Das Holz ist für Barackenbauten bestimmt, welche durch Garnisonwechsel und Truppendurchmärsche nothwendig geworden sind, heißt es in einigen französischen Zeitungen; andere erklären, in fast allen Garnisonstädten würden Baracken errichtet für die Unterbringung der Reservisten und der Leute der Territorialarmee. Nach einer dritten Deutung ist ein Theil des angekauften Holzes zur Erweiterung gewisser Bahnhöfe bestimmt, welche sich zu Manöverzeiten für den Truppenverkehr als zu klein erwiesen hätten; nach einer vierten sollen die Forts sich für den Aufent-

halt der Truppen unzuträglich erwiesen haben und diesen deshalb luftigere und gesundere Unterkunft beschafft werden. Endlich wird auch die Behauptung versucht, daß ein großer Theil der in Deutschland bestellten Bretter von dem Ausschuß der Weltausstellung für 1889 angekauft werde, der demnächst seine Arbeiten mit der Umfriedung des Platzes beginnen werde. In Deutschland werden diese „beruhigenden“ Versicherungen schwerlich Glauben finden; man kennt die Vorgänge an der Grenze zu genau, als daß man den Lügen der französischen Presse Glauben schenken könnte. Es ist unwahr, daß fast alle Garnisonstädte Baracken erhalten; letztere sollen vielmehr nur an der Grenze gebaut werden. Garnisonwechsel oder Durchmärsche finden dort aber nicht statt, vielmehr nur Truppenzusammenziehungen. Wir erfahren darüber aus zuverlässigster Quelle folgendes: Ueber die Grenzstationen Alt-Münsterol, Avricourt, Chambrey und Amanweiler sind während der letzten Tage nachstehend verzeichnete Wagenladungen Bauholz, Latten und Bretter nach Frankreich gegangen: 8 Wagen bestimmt für Belfort, 3 für Arches, 5 für St. Die, 116 für Nancy, 73 für Toul, 4 für St. Mihiel, 5 für Reims, 64 für Verdun, insgesammt 278 Wagen. Das sind die uns bekannt gewordenen Versendungen. Ferner gehen bedeutende Holzfrachten aus dem südlichen Theile der Vogesen mittelst Landfuhrwerks nach Belfort. Für die Zukunft ist eine erhebliche Steigerung der Sendungen, sowohl auf der Eisenbahn wie auf den Landstraßen, zu erwarten, da viele im Elsaß wohnende Holzhändler noch weitere sehr große Lieferungen von Holz übernommen haben, welches zur Zeit noch im Walde lagert oder in den Tag und Nacht arbeitenden Sägemühlen zerschnitten wird. Die von den Lieferanten gezahlten Preise übersteigen den marktgängigen Preis nicht unerheblich. In Verdun soll die Herstellung von 36 Baracken von je 100 m Länge — also etwa 4 km Baracken — zur Unterbringung von 80,000 Mann beabsichtigt sein. In dem mit den Unternehmern abgeschlossenen Vertrage ist der 15. März d. J. als Frist für die Fertigstellung ausbedungen. Für jeden Tag Verspätung ist eine Strafe von 1000 Franken bedungen, während bei früherer Fertigstellung der Unternehmer eine besondere Vergütung von 100 Franken für jeden Tag erhält. In Etain sollen Baracken für Unterbringung eines Jäger-Bataillons, in Conslans solche für Artillerie erbaut werden. Endlich findet die Errichtung von Baracken in Epinal und Belfort statt. An den Arbeiten im erstern Orte betheiligen sich Unternehmer aus dem Elsaß. Die Baracken in Epinal müssen am 1. April d. J. vollendet sein. Sie werden anscheinend in Ziegelfachwerk ausgeführt. Jeder Laie sieht ein, daß derartige Maßnahmen nicht innerhalb des Rahmens der in Friedenszeiten geläufigen Dislokationen untergebracht werden können, und das Verhalten der französischen Presse ist aso nur geeignet, unser Mißtrauen zu verstärken. Und angesichts der in den Lieferungsverträgen bedungenen Versäumnißstrafe, die schon am 15. März d. J. in Kraft tritt, angesichts der besonderen Vergütung für frühere Fertigstellung wagt man gar, die Sendungen und Arbeiten mit der Ausstellung in Verbindung zu bringen, welche im Jahre 1889 stattfinden soll! Ein Beweis, zu welchen Ausflüchten man sich schon gezwungen sieht.

— Der Vorstand des „Deutschen Kriegervereins zu Köln a. Rh.“ erläßt an die Kameraden einen Aufruf, in dem es heißt:

„Der 21. Februar d. J. ruft uns zum Appell, er bietet uns hierzu Gelegenheit. An diesem Tage soll das deutsche Volk beweisen, daß es das Vertrauen zu seinem allgeliebten Kaiser Wilhelm, Allerhöchst Seinem getreuen Reichskanzler und den deutschen Heerführern, was leider durch die letzte Reichstags-Mehrheit tief erschüttert ist, dennoch voll und ganz besitzt, daß der Wille des deutschen Volkes ein anderer ist, als der jener beklagenswerthen Mehrheit. Wir vertrauen auf Ihre energische Mithülfe am 21. Februar cr. und verbleiben unter kameradschaftlichem Gruße und deutschem Handschlage: „furchtlos und treu auf der Wacht am Rhein“.

— Wie man der „Boh.“ von hier schreibt, hält sich der neueste Kandidat für den bulgarischen Thron, Prinz Georg von Leuchtenberg, den der offiziöse Telegraph von Petersburg hatte abreisen lassen, seit mehreren Tagen hier in Berlin auf und sucht Fühlung mit dem Fürsten Bismarck.

## Ausland.

**Wien**, 1. Februar. Der allamirende Eindruck, den die Ankündigung von der Einberufung einer Nachsession der Delegationen hervorgerufen hat, ist durch Tiszas gestrige Erklärungen theilweise behoben, aber das Bewußtsein der ernsten Situation erfüllt alle Kreise und tritt auch in den Kundgebungen der Presse zu Tage. Was die Höhe des von der Kriegsverwaltung beanspruchten Kredits anbelangt, so waren ursprünglich 26 Millionen in Aussicht genommen. Die Regierung sieht sich zu dieser Forderung genöthigt, um in voller Ruhe successive und zu günstigen Preisen jene Anschaffungen machen zu können, welche bei einer plötzlichen ungünstigen Wendung selbst mit größeren Opfern nur mangelhaft und in wenig entsprechender Qualität bewerkstelligt werden könnten. Ein ungarischer Abgeordneter bemerkte gestern einem hochgestellten Militär gegenüber, es sei doch wohl nicht nöthig, gewisse Vorkehrungen zu übereilen, im Augenblicke der Gefahr würden die Parlamente um so bereitwilliger auch viel größere Summen bewilligen. Darauf erwiderte der General: wenn wir einmal so weit sind, dann nützen mir ihre Millionen nicht viel, denn meine Soldaten können weder Banknoten essen, noch sich in Banknoten kleiden. — Bezüglich der Kosten für die Ausrüstung des Landsturms werden den Parlamenten in Wien und Pest eigene Vorlagen zugehen. Der Charakter all' dieser Maßregeln ist der der defensiven Vorkehrung. Die ernste und opferwillige Stimmung der Abgeordneten bekundete sich gestern im ungarischen Reichstage in der Thatsache, daß der Vertreter der äußersten Linken, Iranyi, in seiner Interpellation über die auswärtige Lage sich der größten Mäßigung befließ, und daß Tiszas Antwort unter allseitiger Zustimmung ohne weitere Debatte zur Kenntniß genommen wurde.

**Paris**, 30. Januar. Die Anarchisten hielten heute drei Versammlungen ab. In zwei derselben beschäftigte man sich mit der Verurtheilung des Räubers und Brandstifters Duval und der sieben Chikagoer Brüder. Wenn Grevy, so wurde erklärt, „der sich mit den Geldern der Republik mäste“, die Hinrichtung Duvals zulasse, so würden alle Anarchisten nach dem Gefängniß La Roquette ziehen, vor welchem die Hinrichtungen stattfinden, und den Scharfrichter und seine Knechte erdrosseln. Die Tagesordnung der Versammlung im Konzert de Lyon lautete: „Europa in Waffen. Bismarck'scher Chauvinismus und französischer Derouledismus“. Felix Pyat führte den Vorsitz. Aus dem Munde der bitteren Luise mußte sich Fürst Bismarck, „der heutige Richelieu“, eine Belobigung gefallen lassen, weil er den Reichstag aufgelöst habe, denn die Parlamente taugten alle nicht. Schließlich wurde der Inhalt der Verhandlungen in folgendem Beschluß zusammengefaßt: „In Erwägung, daß der Krieg, welcher den Proletarier gegen den Proletarier bewaffnet, immer nur den leitenden Klassen und den Regierungen der beiden sich gegenüberstehenden Völker Nutzen gebracht hat, daß man der internationalen Koalition der Kapitalisten den internationalen Bund der Arbeiter entgegenstellen muß, — beglückwünschen die im Saale des Konzert de Lyon versammelten französischen Bürger die sozialistischen Abgeordneten des deutschen Reichstages, die nach dem Wort Hasenclevers sich weigerten, Herrn v. Bismarck auch nur „einen Mann und einen Groschen“ zu bewilligen, und die sozialistischen Abgeordneten des französischen Parlaments, welche den Antrag auf allgemeine Entwaffnung gestellt haben; sie fordern ferner ihre deutschen Brüder, alle Ausgebeuteten von jenseit des Rheins auf, alle sozialistischen Abgeordneten in den Reichstag zurückzusenden und, wenn möglich, deren Zahl zu vermehren.“ Diese Tagesordnung wurde von der ungefähr 1000 Personen zählenden Versammlung gegen 1 Stimme angenommen. Felix Pyat machte dem einen Abtrünnigen, der für die Niedermetzelung der Völker gestimmt habe, heftige Vorwürfe und schloß mit einer Lobrede auf die deutschen sozialistischen Abgeordneten. Eine Geldsammlung für die deutschen Sozialisten trug 250 Fr. ein.

**Paris**, 30. Januar. Die bereits mitgetheilte neueste offiziöse Erklärung betreff. des Baues der Militärbaracken an der deutschen Grenze ist jedenfalls geschickter als die frühere vom „Temps“ veröffentlichte Angabe, da dadurch die ausschließlich friedliche Bedeutung der Baracken bekundet werden soll. Die Kasematten in den neuen Forts sind angeblich so naß, daß der Aufenthalt in denselben ungesund ist. Deshalb würden die Baracken gebaut, um den Besatzungstruppen in Friedenszeiten als Kasernements zu dienen. Der „Temps“ sucht seine erste Lesart mit dieser endgültigen Erklärung in Uebereinstimmung zu bringen, indem er sagt, daß die „bisher gebauten Baracken“ zur Aufnahme der Garnisonen der Forts dienen, während die „anderen Baracken“ als Logement für die Reservisten und Landwehrleute benutzt werden sollen, wenn dieselben auf 13 oder 28 Tage eingezogen werden. Der „Temps“ vergißt nur, zu erklären, weshalb nur an der deutschen Grenze und nicht auch in anderen Gegenden Frankreichs diese Baracken für die Reservisten und Landwehrleute ein Bedürfniß geworden sind.

**Paris**, 30. Januar. Die Kammer hat gestern mit 340 gegen 180 Stimmen den Antrag des ultraradikalen Deputirten Pichon auf vollständige Verwerfung des Etats des Kultus-Ministeriums abgelehnt, nachdem der Konseil-Präsident Goblet in einer sehr geschickten Rede erklärt hatte, daß er nach wie vor Anhänger der Trennung der Kirchen vom Staate, daß er aber von der Ueberzeugung durchdrungen sei, daß die große Majorität der französischen Bevölkerung von dieser radikalen Reform nichts wissen wolle, daß es deshalb im Interesse der Republik geboten sei, die Lösung dieser wichtigen Frage noch zu verschieben. Der Antragsteller, Herr Pichon, das jüngste unter den Mitgliedern der Kammer, kaum 29 Jahre alt, Zögling und Schützling Clemenceau's, hielt gestern seine Jungfernrede und bekundete ein nicht unbedeutendes Rednertalent, um so mehr als er ausnahmsweise nicht Advokat ist um sich sogleich nach Beendigung seiner Studien dem Journalismus gewidmet hat. Als Vertheidiger des Kultus-Etats und des Konkordates neben dem Minister-Präsidenten fungirte der streitbare Bischof von Angers, Msgr. Freppel, der ohne große Mühe nachweisen konnte, daß die Besoldung einer genau bestimmten Anzahl von hohen und niederen Priestern durch den Staat die Folge eines zu Recht bestehenden Abkommens ist, das nicht so ohne Weiteres durch ein Votum der Kammer beseitigt werden könnte. Die starke Minorität für den Antrag des Herrn Pichon ist nicht unbedenklich; wenn man von der Majorität von 340 Stimmen 185 monarchische und konservative abzieht, bleiben nur 155 republikanische Stimmen übrig, während 180 Republikaner verschiedener Fraktionen für die sofortige Streichung en bloc des Kultusetats gestimmt haben.

**Paris**, 1. Februar. Das angebliche Komplott der Rechten und der Opportunisten, gestern durch die Verwerfung des Etats des Postenministeriums das Kabinet zu stürzen, sollen die Radikalen erfunden haben, um die wirklich stattfindenden Bemühungen, welche auf eine Modifikation des Kabinets abzielen, zu durchkreuzen. Den gleichen Zweck verfolgt eine in den radikalen Organen veröffentlichte angebliche Aeußerung Freycinets bezüglich des Generals Boulanger, wonach Freycinet den Kriegsminister warm vertheidigt und sodann erklärt haben soll, es müsse übrigens hinreichen, daran zu erinnern, wie Fürst Bismarck über den General Boulanger gesprochen habe, damit der Patriotismus gebiete, über die Anwesenheit Boulangers im Kabinet nicht mehr zu diskutiren. Was er auch sonst von Boulanger halten möge, jetzt sei es nicht mehr an der Zeit, den Einfluß des Generals zu diskutiren; man müsse ihn nur unterstützen. Man nimmt an, daß Freycinet nicht wagen werde, diese ihm zugeschriebene Aeußerung zu dementiren.

---

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin**, 2. Februar. Betreffs der Einführung der Meisterprüfung für das Baugewerbe haben die Minister für Handel und der öffentlichen Arbeiten durch gemeinsamen Erlaß vom 19. v. M. Anordnungen getroffen, wobei bemerkt wird, wie seit einer Reihe von Jahren aus dem Kreise der Bauhandwerker Klage geführt worden, daß die durch die Reichsgewerbeordnung bewirkte Aufhebung der Zwangs-Meisterprüfung für Baugewerbe zu bedeutenden, auch das allgemeine Interesse erheblich schädigenden Mißständen geführt habe. Insbesondere wird in den hierauf bezüglichen Vorstellungen und Gesuchen darauf hingewiesen, daß durch die fortwährend zunehmende Wettbewerbung Unbefähigter bei der Ausführung von Bau-Arbeiten die Thätigkeit der wirklichen Sachverständigen ungebührlich verdrängt und die Ausbildung eines fachkundigen Meisterstandes in Frage gestellt werde, daß die technischen Leistungen im Baugewerbe zurückgehen und der wachsende Mangel an Sachkenntniß die Gefahren bei der Ausführung von Bau-Arbeiten sowohl als bei der Benutzung der hergestellten Bauwerke in bedenklicher Weise vermehre. Endlich werde von den Baugewerbetreibenden, namentlich der jüngeren unter denselben, die Einführung staatlicher Prüfungen gewünscht. Die Betheiligten bezeichnen auf Grund dieser Erwägungen die Wiedereinführung der Zwangsprüfung für die Meister des Maurer-, Zimmerer- und Steinmetz-Gewerbes als dringend erforderlich. Für die Erwägung der Frage, ob ein gesetzgeberisches Einschreiten in dieser Richtung nothwendig oder zweckmäßig erscheint, wird festzustellen sein, in welchem Maße die angeführten Mißstände vorhanden sind und auf welche Arten des Baugewerbes sie sich erstrecken. Die Bezirks-Regierungen werden demnach aufgefordert, sich gutachtlich zu äußern, ob und in welchem Maße der Zustand des Baugewerbes, wie er sich seit der Aufhebung des Zwangs-Befähigungsnachweises in ihren Bezirken entwickelt hat, die bezeichneten Mißstände erkennen läßt und welche Maßnahmen geeignet erscheinen, denselben abzuhelfen. Sollten die Regierungen sich für die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises erklären, so haben sie sich zu äußern, wie der Kreis derjenigen Baugewerbetreibenden, für welche ein Befähigungsnachweis zu fordern wäre, nach den Baugewerbezweigen abzugrenzen sein möchte.

— Ueber den neu ernannten kommandirenden General des 2. Armeekorps, Generallieutenant v. d. Burg, theilen wir noch mit, daß derselbe als Hauptmann im Garde-Artillerie-Regiment im Jahre 1862 zur französischen Expeditions-Armee nach Mexiko kommandirt wurde und dabei den Sturm auf Puebla und das Gefecht von St. Lorenzo mitmachte. Ende 1863 kehrte er zurück und nahm dann noch im Generalstabe an dem dänischen Kriege Theil. Generallieutenant v. d. Burg, der jetzt erst 55 Jahre alt ist, wurde mit 34½ Jahren Major und mit noch nicht 40 Jahren Oberst.

---

## Theater, Kunst und Literatur.

**Theater für heute.** Stadttheater: Erstes Ensemble-Gastspiel des Ballet-Personals vom „Viktoria-Theater“ zu Berlin (30 Mitglieder). „Excelsiora.“ Ballet-Revue in 2 Akten und einem Vorspiel (10 Bilder). Vorher: „Durchs Ohr.“ Lustspiel in 3 Akten.

**Donnerstag.** Stadttheater: Letztes Ensemble-Gastspiel des Ballet-Personals vom „Viktoria-Theater“ zu Berlin.

(Dutzendbillets haben während dieses Gastspiels keine Gültigkeit. Gewöhnliche Preise.)

---

## Vermischte Nachrichten.

Paris, 30. Januar. Heute Nacht hatten wir in Paris einen vollständigen Londoner Nebel. Von 12 Uhr ab war derselbe so dicht, daß man kaum vier Schritte weit sehen konnte. Vor den Brücken, auf den großen Plätzen und vor den Standbildern, gegen welche die Wagen leicht anfahren konnten, waren Polizeidiener mit Pechfackeln aufgestellt. Viele Wagen stießen aufeinander und eine Menge Pferde stürzten, namentlich auf dem neuen Holzpflaster, das bei dem geringsten Frost spiegelglatt wird. Auf dem Place de la Concorde, die ebenfalls mit Holz gepflastert ist, befanden sich um 1 Uhr über 25 Wagen, die verunglückt waren. Der Nebel kam um so ungelegener, als gestern nicht allein großer Empfang im Ministerium des Aeußern war, sondern auch eine große Anzahl von Bällen aller Art stattfand und die Fahrt zu denselben mit großen Schwierigkeiten verknüpft war. Viele der für die großen Hallen bestimmten Gemüsewagen konnten in Folge des Nebels nicht nach Paris gelangen.

— Ein köstliches Gaunergeschichtchen wird aus Charkow gemeldet. Daselbst erschienen bei dem Kaufmann P. mehrere feingekleidete Herren, stellten sich ihm als Abgesandte des bulgarischen Volks vor und boten ihm — die Krone Bulgariens an. Der brave Kupez war allerdings anfangs aufs höchste erstaunt, verstand auch nicht recht, was die Herren Deputirten eigentlich von ihm wollten, aber diese machten ihm klar, daß er und kein Anderer zum Fürsten von Bulgarien ausersehen sei. Schließlich leuchtet ihm das auch ein. Er bittet die Deputation ein wenig zu warten und geht zu seiner Frau, um sie um Rath zu fragen, ob er dies verlockende Anerbieten annehmen soll. Die Gattin war klüger. Sie bestand darauf, er solle doch lieber die Krone dem Sohne, der ja noch jung und rüstig sei, überlassen. Nach dieser ziemlich langen Berathung tritt der Nachfolger des Fürsten Battenberg hinaus und theilt den Deputirten das Resultat der Berathung mit. Sie gingen darauf ein und entfernten sich. Abends wollte der neue Fürst ein Fest veranstalten. Als nun die künftige Fürstin-Mutter ihre Silber-Geräthe auskramen will, sieht sie voll Schrecken, daß alles Gold und Silber verschwunden ist. Das hatten die Deputirten für die kostbare Krone Bulgariens zum Lohn mitgenommen.

— Zufolge einer Mittheilung des deutschen Konsuls in Liverpool, Herrn Bahr, sind unter die Hinterbliebenen der ertrunkenen Mannschaften der englischen Rettungsboote von Southport und St. Anne, welche am 20. Dezember der gestrandeten deutschen Bark „Mexico“ Hülfe bringen wollten, 1565 Lstr. vertheilt worden. Zu dieser Summe haben der Kaiser 250 Lstr., die Bürgerschaft Hamburgs 1234 Lstr. und die Deutschen Liverpools 80 Lstr. beigesteuert.

— Auf seinem Gute Truntlack im ostpreußischen Kreise Gerdauen ist am 27. Januar Major a. D. Ludwig v. Wernsdorff im Alter von 97½ Jahren gestorben. Vor 83 Jahren in die preußische Armee eingetreten, war der Verstorbene wenigstens dem Diensteintritt nach wohl der älteste Soldat in Preußen. Er hatte b. einem ostpreußischen Dragonerregimente sechs Feldzüge mitgemacht. Die Konvention von Tauroggen hat er als Ordonnanzoffizier Yorks befördert.

Von Jenissei. Die Goldwäschereien im Jenissei-Gebiet gerathen, der „Now. Wr.“ zufolge, mit jedem Jahre mehr in Verfall; die Zahl der Arbeiter wird eine immer geringere und die Lebensbedingungen gestalten sich immer schwieriger. Im Jahre 1851 fanden 20,000 Personen in den Goldwäschereien Erwerb, heut zu Tage beläuft sich ihre Zahl nur noch auf etwa 9000. 1851 gewann ein Mensch durchschnittlich 1½ Pfund Gold, jetzt aber kaum ein Pfund.

— (Die Kritik des Lehrbuben.) Meisterin (bei Tische): „Aber, Nazl, warum ißt Du denn Dein Fleisch nicht?“ — Nazl: „Es ist mir noch zu heiß!“ — Meisterin: „Kannst Du denn nicht blasen?“ — Nazl: „I kann schon, aber i trau mi nit . . . i könnt's wegblasen.“

— (Aus der Instruktionsstunde.) Hauptmann: „Sie, Infanterist Stangl, was werden Sie thun, wenn Sie in der Schlacht in das Knie getroffen werden?“ — Stangl: „Umfallen wer' i, Herr Hauptmann.“

---

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

---

## Telegraphische Depeschen.

**Posen**, 31. Januar. In dem heutigen, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelten polnischen Sozialisten-Prozeß, bei welchem dreiunddreißig Zeugen verhört wurden, lautete das Urtheil wegen Massenverbreitung polnischer sozialistischer Flugblätter gegen den Dachdecker Kasprzak auf zwei Jahre, gegen den Schuhmacher Derengowski auf neun Monate Gefängniß.

In der Druckerei des „Posener Tageblatts“ ist ein Setzerstreik ausgebrochen.

**Elberfeld**, 1. Februar. Der nationalliberale Fabrikbesitzer David Peters hat die Kandidatur der Septennatsparteien angenommen.

**Wien**, 1. Februar. Mehrere Morgenblätter melden, daß die Delegationen schon im Februar zusammentreten würden. Die ungarische Regierung werde demnächst einen Nachtragskredit von 7 Millionen Gulden für die Organisation des ungarischen Landsturms fordern, doch sei dies nur durch die Konsequenz des Gesetzes und nicht durch die auswärtige Lage begründet.

**Paris**, 1. Februar. Ein Provinz-Journalist Namens Ribuel, der dem Abgeordneten Dreyfus eine Beleidigung nachtrug, ohrfeigte denselben gestern im Vorsaale des Palais Bourbon. Dreyfus zog seinen Revolver, wurde aber von den Umstehenden, welche Verirrungen der Kugeln im Menschengewühl fürchteten, am Feuern verhindert. Das hübsche Sittenbild wird vor Gericht seinen Abschluß finden.

Die Volkszählung ergab, daß in Frankreich 1,115,224 nicht naturalisirte Ausländer wohnen. Reisende in Gasthöfen sind nicht gerechnet.